

Kurzum | von Uwe Kremer

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört es heute, dass *Selbstverständnis von Reformpolitik* zu klären. Dazu möchte ich unterscheiden zwischen Reformen, die lediglich als Modifikationen im Grundsatz vorhandener Strukturen und Mechanismen dienen, und *Strukturreformen*, die auf einen grundlegenden Umbau von Strukturen und Mechanismen – im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Stadt- und Raumentwicklung, in der Konzentrierung von Infrastrukturinvestitionen, in der Strukturierung lokaler Arbeitsmärkte, in der digitalen Wissensökonomie usw. usf. – orientiert sind und alleine schon aufgrund sich ergebender Widerstände mehr oder weniger radikal ausfallen.

In der Großen Koalition konnte es für die Sozialdemokratie im Wesentlichen nur um Reformen des ersten Typs gehen. Der Mindestlohn war die schlichtweg notwendige Ergänzung des mit der Agenda 21 geschaffenen arbeitsmarktpolitischen Grundmodells, das als solches aber nicht in Frage stand. Die Mietpreisbremse war ein wichtiger Vorstoß, der aber die mit der Verfügung über Grund und Boden zusammenhängende Problematik des Wohnungsbaus nicht berührte. Doch wohlgeachtet: Das Grundproblem der Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition bestand keineswegs darin, dass sie dort nicht mehr an sozialdemokratischen Elementen durchsetzen konnte. Es bestand vielmehr darin, dass sie kaum über deutlich weiterreichende Vorstellungen zum gesellschaftlichen und globalen Wandel (Strukturreformen) verfügte oder zumindest daran arbeitete und sie insofern auch nicht mehr als ein *eigenständiges* politisches Format wahrgenommen wurde.

Nun handelt es sich bei diesem Eindruck sicherlich auch um ein Kommunikationsproblem, das sich in der monatelangen Verweigerung programmatischer Aussagen und im damit einhergehenden Zusammenbruch des Schulz-Hypes zuspitzte. Symptomatisch dafür war, dass die wenigen Bereiche, in denen die SPD über einen erkennbaren programmatischen „Überschuss“ jenseits der



⇒ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

Großen Koalition verfügt, kaum zur Geltung gebracht wurden – man denke an die Bürgerversicherung, die schon den Charakter einer Strukturreform im Gesundheitswesen in sich trägt, aber im Wahlkampf nur eine geringe Rolle spielte.

Aber noch wichtiger ist das substanzielle Problem der programmatischen Entleerung der Sozialdemokratie: Am deutlichsten sichtbar wurde dies in dem Präsidiumsbeschluss „Starke Ideen für Deutschland 2025 – Impulse für die sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt“, einem 2015 erreichten historischen Tiefpunkt in der konzeptionellen Qualität der SPD.

Früher war nicht alles besser. Aber es gab in den 70er bis 90er Jahren ein *Spannungsverhältnis zwischen den strukturreformerisch angelegten programmatischen Zielen der Sozialdemokratie und ihrer Realpolitik*. Wir haben darunter in der Partei häufig und heftig gelitten. Und in der Gesellschaft und ihren Bewegungen und Initiativen haben sich daran Hunderttausende in einer Art Hassliebe zur Sozialdemokratie abgearbeitet. Heute jedoch besteht dieses für die Sozialdemokratie essenzielle Spannungsverhältnis nicht mehr, weil es an einem derartigen programmatischen „Überschuss“ fehlt.

Kurzum: Es gilt, dieses Spannungsverhältnis zu rekonstruieren und die Arbeit an progressiven Strukturreformen ins Zentrum zu rücken. Die dringend nötige „Strukturreform“ zur Öffnung der Partei selbst muss sich daran inhaltlich ausrichten – und Räume für alle schaffen, die in dieser Richtung etwas grundlegend ändern wollen. Konflikte inklusive. ■